4. Nachtrag vom _____ zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergneustadt vom 05.12.1997

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.05.2011 (GV. NRW. S. 271) und der §§ 3 und 20 Absatz 2 Buchstabe b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712 / SGV. NRW. 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV. NRW. S. 394), hat der Rat der Stadt Bergneustadt in seiner Sitzung vom _____ folgenden 4. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergneustadt beschlossen:

Artikel 1

§ 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die Steuer beträgt jährlich, wenn von einem Hundehalter oder mehreren Personen gemeinsam

- a) nur ein Hund gehalten wird 84,00 Euro
- b) zwei Hunde gehalten werden 102,00 Euro je Hund
- c) drei oder mehr Hunde gehalten werden 120,00 Euro je Hund.

Artikel 2

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die durch diesen Nachtrag geänderte Satzung in ihrem Wortlaut ortsüblich bekannt zu machen.

Artikel 3

Dieser 4. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergneustadt vom 05.12.1997 tritt am 01.01.2013 in Kraft.

7. Nachtrag vom _____ zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Bergneustadt vom 20.09.2007

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023) in der derzeit gültigen Fassung, der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG) vom 18.12.1975 (GV. NRW. S. 706 / SGV. NRW. 2061) in der derzeit gültigen Fassung und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712 / SGV. NRW. 610) in der derzeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Bergneustadt in seiner Sitzung am _____ folgenden 7. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Bergneustadt vom 20.09.2007 beschlossen:

Artikel 1

1. § 6 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Reinigung der Fahrbahn erfolgt grundsätzlich vierzehntägig (Kehrdienst), die Reinigung der Fußgängerzonen sowie der Gehwege erfolgt wöchentlich (Kehrdienst). Die Benutzungsgebühr für Kehrdienst und Winterwartung beträgt jährlich je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 bis 3)

a) für Fußgängerzonen			
aa) für den Kehrdienst	2,30 EUR		
ab) für die Winterwartung	2,37 EUR	=4,67 EUR	
b) für Straßen, die vorwiegend dem Anliegerverkehr dienen			
ba) für den Kehrdienst	0,71 EUR		
bb) für die Winterwartung	2,37 EUR	=3,08 EUR	
c) für Straßen, die vorwiegend dem innerörtlichen Verkehr dienen			
ca) für den Kehrdienst	0,60 EUR		
cb) für die Winterwartung	2,01 EUR	=2,61 EUR	
d) für Straßen, die vorwiegend dem überörtlichen Verkehr dienen			
da) für den Kehrdienst	0,50 EUR		
db) für die Winterwartung	1,66 EUR	=2,16 EUR	
e) für Gehwege			
ea) für den Kehrdienst	1,56 EUR		
eb) für die Winterwartung	0,58 EUR	=2,14 EUR	

Bei wöchentlicher Reinigung der Fahrbahn (Kehrdienst) verdoppelt sich die Gebühr für den Kehrdienst.“

2. Im Straßenverzeichnis zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung wird im Ortsteil Bergneustadt hinter der Zeile mit der Angabe „Im Stadtgraben“ und vor der Angabe „Im Strick“ eine neue Zeile mit folgenden Angaben eingefügt:

„Im Stadtgraben (Stichweg)	A	W	1“
----------------------------	---	---	----

Artikel 2

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die durch diesen Nachtrag geänderte Satzung in ihrem Wortlaut ortsüblich bekannt zu machen.

Artikel 3

Dieser 7. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Bergneustadt vom 20.09.2007 tritt am 01.01.2013 in Kraft.

9. Nachtrag vom _____ zur Gebührensatzung der Stadt Bergneustadt für die Inanspruchnahme der Friedhöfe vom 15.12.2003

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712 / SGV. NRW. 610) beide in der derzeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Bergneustadt in seiner Sitzung am _____ folgenden 9. Nachtrag zur Gebührensatzung der Stadt Bergneustadt für die Inanspruchnahme der Friedhöfe vom 15.12.2003 beschlossen:

Artikel 1

1. § 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Bei Bestattungen und Trauerhallenbenutzungen an Samstagen werden die Gebührensätze nach § 5 und § 8 Abs. 2 mit 25 % beaufschlagt.“

2. § 3 erhält folgende Fassung:

„§ 3 Nutzungsrecht an Grabstätten

(1) 1. Bereitstellung einer Reihengrabstätte	
a) für Personen bis 5 Jahre	420,00 €
b) für Personen über 5 Jahre	890,00 €
2. Bereitstellung einer Urnenreihengrabstätte	750,00 €
3. Erwerb des Nutzungsrechtes an einer Wahlgrabstätte
- für die Dauer von 30 Jahren je Grabstelle	1.530,00 €
4. Erwerb des Nutzungsrechtes an einer Urnenwahlgrabstätte
- für die Dauer von 30 Jahren je Grabstelle	1.260,00 €
5. Erwerb des Nutzungsrechtes an einer Urnennische in den
Urnenmauern oder in der Urnenhalle
- für die Dauer von 20 Jahren je Urnenstellplatz	1.200,00 €
6. Bereitstellung einer Sonderreihengrabstätte	2.400,00 €
7. Erwerb des Nutzungsrechtes an einer Sonderwahlgrabstätte
- für die Dauer von 30 Jahren je Grabstelle	2.910,00 €
8. Bereitstellung einer Sonderurnenreihengrabstätte	1.290,00 €
9. Erwerb des Nutzungsrechtes an einer Sonderurnenwahlgrabstätte
- für die Dauer von 30 Jahren je Grabstelle	1.800,00 €

10. Erwerb des Nutzungsrechtes an einer Baumwahlgrabstätte
- für die Dauer von 30 Jahren je Grabstelle 1.950,00 €.
- (2) Für die Bereitstellung einer Reihengemeinschaftsgrabstätte für anonyme Beisetzungen wird eine Gebühr von 2.280,00 € je Grabstelle erhoben.
- (3) Für die Bereitstellung einer Urnengemeinschaftsgrabstätte für anonyme Beisetzungen wird eine Gebühr von 1.200 € je Urne erhoben.
- (4) Für das Recht zur zusätzlichen Beisetzung von Urnen auf Wahlgrabstätten oder auf Sonderwahlgrabstätten wird eine Gebühr von 620,00 € je Urne erhoben.
- (5) Für die Rückgabe der Nutzungsrechte werden pro Jahr folgende Gebühren erhoben:
1. Reihengrab	48,00 €
2. Urnenreihengrab	17,00 €
3. Wahlgrab, je Stelle	48,00 €
4. Urnenwahlgrab, je Stelle	17,00 €
5. Kindergrab	17,00 €.“

3. § 5 erhält folgende Fassung:

**„§ 5
Beerdigungsgebühren**

- (1) Herstellung eines Grabes einschließlich Wiederverfüllung, Abräumen von Produkten der Trauerfloristik anlässlich der Beisetzung sowie die pflanzfertige Vorbereitung im Sinne von § 30 Absatz 10 der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen:
1. a) für Personen bis 5 Jahre	370,00 €
b) für Personen bis 5 Jahre an Samstagen	460,00 €
2. a) für Personen über 5 Jahre	820,00 €
b) für Personen über 5 Jahre an Samstagen	1.030,00 €
3. a) für eine Urne	330,00 €
b) für eine Urne an Samstagen	410,00 €
- (2) 1) Öffnen und Verschließen einer Urnennische zur Beisetzung einer Urne oder zur vorzeitigen Herausnahme einer Urne aus einer Urnennische vor Ablauf der Ruhefrist: 70,00 €
- 1a) wie vor, jedoch an Samstagen: 90,00 €
- (3) 1) Bestattung von Kinderleichen unter einem Jahr, Tot- oder Fehlgeburten oder die aus einem Schwangerschaftsabbruch stammende Leibesfrucht, wenn keine planmäßige Grabstätte beansprucht wird: 103,00 €
- 1a) wie vor, jedoch an Samstagen: 130,00 €

(4) Ausschlagen eines Grabes für Erdbestattungen und Abdecken des Hügels	
1. a) mit Kunstmatten	66,00 €
b) mit Kunstmatten an Samstagen	80,00 €
2. a) mit Tannengrün	134,00 €
b) mit Tannengrün an Samstagen	170,00 €.

3. § 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- „(1) Für die Ausgrabung einer Leiche beziehungsweise Urne werden folgende Gebühren erhoben:
1. Personen bis 5 Jahre	1.080,00 €
2. Personen über 5 Jahre	1.500,00 €
3. Urnen	270,00 €.“

4. § 8 erhält folgende Fassung:

**„§ 8
Gebühr für die Benutzung der Leichenhallen und der Sargkammern**

- (1) Für die Benutzung einer Sargkammer wird eine Gebühr von 340,00 € erhoben.
- (2) Für die Aufbahrung eines Sarges oder einer Urne in der Leichenhalle und/oder die Durchführung einer Trauerfeier in der Trauerhalle werden Gebühren erhoben. Sie betragen:
1. a) in der Trauerhalle auf dem Friedhof Bergneustadt	410,00 €
b) in der Trauerhalle auf dem Friedhof Bergneustadt an Samstagen	510,00 €
2. a) in der Trauerhalle auf dem Friedhof Wiedenest	200,00 €
b) in der Trauerhalle auf dem Friedhof Wiedenest an Samstagen	250,00 €
3. a) in der Trauerhalle auf dem Friedhof Belmicke	200,00 €
b) in der Trauerhalle auf dem Friedhof Belmicke an Samstagen	250,00 €.“

Artikel 2

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die durch diesen Nachtrag geänderte Satzung in ihrem Wortlaut ortsüblich bekannt zu machen.

Artikel 3

Dieser 9 Nachtrag zur Gebührensatzung der Stadt Bergneustadt für die Inanspruchnahme der Friedhöfe vom 15.12.2003 tritt am 01.01.2013 in Kraft.

13. Nachtrag vom _____ zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Klärschlammsatzung der Stadt Bergneustadt vom 10.12.1999

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023) jeweils in der derzeit gültigen Fassung, der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712 / SGV. NRW. 610) jeweils in der derzeit gültigen Fassung und des § 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 25.06.1995 (GV. NRW. S. 926 / SGV. NRW. 77) jeweils in der derzeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Bergneustadt in seiner Sitzung am _____ folgenden 13. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Klärschlammsatzung vom 10.12.1999 beschlossen:

Artikel 1

1. In § 9 Absatz 4 Satz 1 wird die Zahl „15“ durch die Zahl „10“ ersetzt.

2. § 9 Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Die Schmutzwassergebühr beträgt

a) für der Kläranlage zugeführte Schmutzwässer, für deren Beseitigung unmittelbar Verschmutzerbeiträge an einen Wasserverband gezahlt werden (Vollanschlussgebühr für Verbandsmitglieder)	2,60 EUR/cbm
b) für alle übrigen Schmutzwässer, die in eine Anlage nach § 1 Absatz 2 der Entwässerungssatzung eingeleitet werden (Vollanschlussgebühr)	4,86 EUR/cbm
c) für Grundstücke von Kleleinleitern nach § 8 Absatz 1 Buchstabe b), auf denen biologische Kleinkläranlagen betrieben werden (Kleleinleitergebühr mit Klärschlammabfuhr -Biograben-)	0,68 EUR/cbm
und je Abfuhr (Entleerung)	79,00 EUR
d) für Grundstücke von Kleleinleitern nach § 8 Absatz 1 Buchstabe b), auf denen sonstige Kleinkläranlagen betrieben werden (Kleleinleitergebühr mit Klärschlammabfuhr -normal-)	2,46 EUR/cbm
e) für Grundstücke mit abflusslosen Gruben gemäß § 8 Absatz 1 Buchstabe c) (Gebühr für die Abfuhr abflussloser Gruben)	2,35 EUR/cbm
und je Abfuhr (Entleerung)	79,00 EUR.“

2. § 9 Absatz 8 erhält folgende Fassung:

- „(8) Erhoben wird eine durch eine Landeszuweisung zum Ausgleich besonderer Härten bei der Erhebung der Abwassergebühr verminderte Schmutzwassergebühr. Sie wird wie folgt festgesetzt:
- a) für der Kläranlage zugeführte Schmutzwässer, für deren Beseitigung unmittelbar Verschmutzerbeiträge an einen Wasserverband gezahlt werden (Vollanschlussgebühr für Verbandsmitglieder) 2,47 EUR/cbm
 - b) für alle übrigen Schmutzwässer, die in eine Anlage nach § 1 Absatz 2 der Entwässerungssatzung eingeleitet werden (Vollanschlussgebühr) 4,73 EUR/cbm
 - c) für Grundstücke von Kleleinleitern nach § 8 Absatz 1 Buchstabe b), auf denen biologische Kleinkläranlagen betrieben werden (Kleleinleitergebühr mit Klärschlammabfuhr -Biograben-) 0,56 EUR/cbm
und je Abfuhr (Entleerung) 79,00 EUR
 - d) für Grundstücke von Kleleinleitern nach § 8 Absatz 1 Buchstabe b), auf denen sonstige Kleinkläranlagen betrieben werden (Kleleinleitergebühr mit Klärschlammabfuhr -normal-) 2,33 EUR/cbm
 - e) für Grundstücke mit abflusslosen Gruben gem. § 8 Absatz 1 Buchstabe c) (Gebühr für die Abfuhr abflussloser Gruben) 2,28 EUR/cbm
und je Abfuhr (Entleerung) 79,00 EUR.“

3. § 10 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

- „(6) Die Niederschlagswassergebühr beträgt für Grundstücke mit einer abflusswirksamen Fläche
- a) bis einschließlich 50 m² 36,96 EUR,
 - b) von 51 m² bis einschließlich 100 m² 97,08 EUR,
 - c) von 101 m² bis einschließlich 150 m² 149,88 EUR,
 - d) von 151 m² bis einschließlich 200 m² 207,24 EUR,
 - e) von 201 m² bis einschließlich 250 m² 263,64 EUR,
 - f) von 251 m² bis einschließlich 300 m² 322,08 EUR,
 - g) von 301 m² bis einschließlich 350 m² 379,56 EUR,
 - h) von 351 m² bis einschließlich 400 m² 438,48 EUR,
 - i) von 401 m² bis einschließlich 450 m² 496,56 EUR,
 - j) von 451 m² bis einschließlich 500 m² 560,40 EUR,
 - k) über 500 m² 1,17 EUR/m².“

4. § 10 Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Erhoben wird eine durch eine Landeszuweisung zum Ausgleich besonderer Härten bei der Erhebung der Abwassergebühr verminderte Niederschlagswassergebühr. Sie wird wie folgt festgesetzt:

a) bis einschließlich 50 m ²	36,00 EUR,
b) von 51 m ² bis einschließlich 100 m ²	94,68 EUR,
c) von 101 m ² bis einschließlich 150 m ²	146,04 EUR,
d) von 151 m ² bis einschließlich 200 m ²	201,96 EUR,
e) von 201 m ² bis einschließlich 250 m ²	256,80 EUR,
f) von 251 m ² bis einschließlich 300 m ²	313,80 EUR,
g) von 301 m ² bis einschließlich 350 m ²	369,72 EUR,
h) von 351 m ² bis einschließlich 400 m ²	427,20 EUR,
i) von 401 m ² bis einschließlich 450 m ²	483,84 EUR,
j) von 451 m ² bis einschließlich 500 m ²	546,00 EUR,
k) über 500 m ²	1,14 EUR/m ² .“

Artikel 2

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die durch diesen Nachtrag geänderte Satzung in ihrem Wortlaut ortsüblich bekannt zu machen.

Artikel 3

Dieser 13. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Klärschlammsatzung der Stadt Bergneustadt vom 10.12.1999 tritt am 01.01.2013 in Kraft.

Benutzungsordnung für die Überlassung von Räumlichkeiten der Stadt Bergneustadt

Präambel

Diese Benutzungsordnung wurde durch den Rat der Stadt Bergneustadt in seiner Sitzung am2012 beschlossen.

Die städtischen Räume können für Veranstaltungen durch Dritte nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen überlassen werden. Ein Rechtsanspruch auf Überlassung besteht nicht.

§ 1 Geltungsbereich

1. Die Benutzungsordnung gilt für die Überlassung nachstehender Veranstaltungsräume und Sondernutzungen von Sporthallen der Stadt Bergneustadt an Dritte:
 1. BGS Krawinkel-Saal, Kölner Str. 260
 2. BGS Hackenberg, Am Leiweg 2a
 3. Bürgerhaus Neuenothe, Altenother Weg 4
 4. Aula Gymnasium, Am Wäcker 26
 5. Aula Realschule, Breiter Weg 8
 6. Sporthalle Bursten, Goethestr. 17a
 7. Sonstige Räume
2. Die Stadt hat das Recht, außerhalb der in Abs. 1 benannten Veranstaltungsräume auch Schulräume, Sportstätten, Veranstaltungsräume und Gebäudeteile sowie zusätzliche Technik gegen Entgelt zu überlassen, die in dieser Benutzungsordnung nicht benannt sind.

§ 2 Betreiber

1. Betreiberin der unter § 1 Absatz 1 Ziffer 1 - 3 und 7 genannten Räumlichkeiten außerhalb von Schulen ist die Stadt Bergneustadt.
2. Betreiberin der unter § 1 Absatz 1 Ziffer 4 - 6 und 7 genannten Räumlichkeiten in Schulen ist die Fa. SKE Facility Management GmbH, Paul-Ehrlich-Str. 11, 63225 Langen.

§ 3 Nutzungsvoraussetzung

1. Eine Überlassung bzw. Nutzungsgenehmigung für eine Einrichtung erfolgt durch die Stadt Bergneustadt. Für jede Nutzung durch Dritte ist diese Benutzungsordnung und die Entgeltordnung für die Überlassung öffentlicher Räumlichkeiten der Stadt Bergneustadt in der jeweils gültigen Fassung rechtliche Grundlage.
2. Die Nutzung von Schulen und Sporthallen darf schulische Belange nicht beeinträchtigen.
3. Eine Nutzung ist grundsätzlich mindestens 2 Monate vor Nutzungsbeginn bei der Stadt schriftlich zu beantragen.
4. In den Räumlichkeiten mit Schankanlagen nach § 1 Absatz 1 Ziffer 1, 3 und 6 dürfen nur Bierprodukte von einer von der Stadt Bergneustadt benannten Bezugsquelle verwendet werden.

§ 4 Meldepflichten

1. Wird während der Veranstaltung ein Speisen- und Getränkeverkauf beabsichtigt, ist eine gesonderte Erlaubnis bei der Stadt Bergneustadt einzuholen.
2. Wird für eine Veranstaltung die Anbringung von Werbeträgern (Plakate, Banner) beabsichtigt, ist eine gesonderte Erlaubnis bei der Stadt Bergneustadt einzuholen.

3. Für Veranstaltungen mit Musikbeiträgen (Tonträgerwiedergaben, Live-Musik) besteht eine Meldepflicht bei der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (Gema).
4. Jegliche Art der Eigen- und Fremdwerbung in den Räumlichkeiten und auf dem dazugehörigen umliegenden Gelände bedarf der besonderen Erlaubnis der Stadt.
5. Alle in Absatz 1 - 4 genannten und darüber hinaus erforderlichen Genehmigungen sind vom Nutzer selbst einzuholen und grundsätzlich vor der Veranstaltung vorzulegen. Die zu zahlenden Gebühren trägt der Nutzer.

§ 5 Rücktrittsrecht

1. Die Stadt kann von der Überlassung kostenfrei zurücktreten, wenn
 1. das Nutzungsentgelt und sonstige auf die Veranstaltung bezogene Entgelte nicht fristgerecht oder vollständig entrichtet werden,
 2. die Nachweise der erforderlichen Anmeldungen und Genehmigungen nicht rechtzeitig vorgelegt werden,
 3. die beabsichtigte Veranstaltung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung darstellt,
 4. höhere Gewalt vorliegt und dadurch die Räumlichkeiten nicht zur Verfügung gestellt werden können.
2. Der Nutzer kann von der Überlassung bis spätestens 2 Monate vor Veranstaltungstermin kostenfrei zurücktreten. Bei einem späteren Rücktritt entstehen für den Nutzer Kosten, die in der Entgeltordnung geregelt sind.

§ 6 Brandschutz

1. Rettungswege auf dem Grundstück sowie Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen für Einsatzfahrzeuge der Polizei, Feuerwehr und den Rettungsdiensten müssen ständig frei gehalten werden.
2. Hydranten müssen jederzeit zugänglich sein. Sie dürfen nicht durch Fahrzeuge, Stände usw. zugestellt werden.
3. Rauchen und offenes Feuer sowie der Einsatz von Nebelmaschinen ist in allen öffentlichen Räumlichkeiten verboten. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Betreiberin möglich. Es ist darauf zu achten, dass in Räumen mit Rauchmeldern kein Rauch entsteht.
4. Bei Veranstaltungen mit erhöhter Brandgefahr ist auf Anordnung der Betreiberin eine Brandsicherheitswache einzurichten. Die Kosten hierfür trägt der Nutzer.
5. Ausschmückungen (Dekorationen) dürfen in Versammlungsstätten grundsätzlich nur in schwerentflammbarer Ausführung (B1) angebracht werden.

§ 7 Technik

1. Hauseigene Licht- und Tonanlagen dürfen nur mit Zustimmung und unter Aufsicht der Betreiberin bedient werden.
2. Der Auf-, Umbau und Betrieb von zusätzlichen Bühnenanlagen und -erweiterungen (Podeste, Traversen, Licht-, Ton- und Videotechnik) darf nur durch von der Betreiberin autorisiertes Fachpersonal erfolgen. Die zusätzlichen Kosten sind vom Nutzer zu tragen.

§ 8 Bestuhlung

1. Die Zahl der im Bestuhlungs- und Rettungswegeplan genehmigten Besucherplätze darf in Versammlungsstätten gem. § 32 Absatz 1 der Verordnung über Bau und Betrieb von Sonderbauten (Sonderbauverordnung – SBauVO) nicht überschritten und die genehmigte Anordnung der Besucherplätze darf nicht geändert werden.
2. Die Kosten für die Planung und Fertigung neuer Bestuhlungspläne, die aufgrund veränderter Nutzung erstellt und genehmigt werden müssen, trägt der Nutzer.

3. Der Nutzer nimmt den Auf- und Abbau der Bestuhlung und Tische unter Aufsicht der Betreiberin unter Beachtung des Bestuhlungs- und Rettungswegeplanes selbst vor.

§ 9 Personal

1. Mit Genehmigung der Betreiberin kann der Nutzer eine von der Betreiberin zugelassene „Sachkundige Aufsichtsperson“ unmittelbar beauftragen, wenn die Veranstaltung keinerlei Gefährdungen erkennen lässt. Diese Aufsicht führende Person hat ausschließlich technische Aufsichtspflichten zu erfüllen, muss präsent und jederzeit einsatzbereit sein.
2. Das Fach- und Sachpersonal übt gegenüber dem Nutzer und den Besuchern das Hausrecht aus. Den Weisungen ist Folge zu leisten. Dem Fach- und Sachpersonal ist jederzeit zu allen Räumlichkeiten ungehindert Zugang zu gewähren.
3. Der Nutzer oder dessen Vertreter muss während der Veranstaltung jeder Zeit ansprechbar sein und nach der Veranstaltung die Abnahme mit dem Fach- oder Sachpersonal der Betreiberin durchführen.
4. Der Nutzer, der für die Einhaltung der Bedingungen und Auflagen nach dieser Benutzungsordnung verantwortlich ist, kann sich während der Veranstaltung vor Ort vertreten lassen. Der Vertreter muss der Stadt vor der Veranstaltung schriftlich namentlich bekannt gegeben werden.
5. Auf Anordnung der Betreiberin hat der Nutzer auf eigene Kosten geeignetes Sicherheitspersonal (Security) bereitzustellen. Die Namen der beauftragten Sicherheitskräfte sind der Betreiberin vor der Veranstaltung schriftlich bekannt zu geben.

§ 10 Reinigung

1. Der Nutzer ist zu schonender Behandlung der überlassenen Räume und des Inventars verpflichtet. Nach der Nutzung sind die Räume besenrein zu übergeben und das benutzte Inventar ist zu reinigen.
2. Das benutzte Küchengeschirr und die Essbestecke sind nach der Nutzung mit Reinigungsmitteln zu reinigen, zu trocknen und ordnungsgemäß in die Schränke zurückzustellen. Die Arbeitsflächen in den Küchen, die Getränke-Zapfanlagen, Küchengeräte, Kühlanlagen und Schränke sind nass zu reinigen.
3. Der Nutzer garantiert notwendige Zwischenreinigungen während der Veranstaltung bei größeren Verschmutzungen und Nässeeinwirkung. Insbesondere müssen die Toilettenanlagen ständig kontrolliert und in allen genutzten Räumen feuchte Stellen unverzüglich gereinigt und getrocknet werden.
4. Die Reinigungsverpflichtung betrifft auch die Außenanlage in unmittelbare Umgebung des Hauses (Zigarettenkippen, Scherben, Unrat). Angefallener Hausmüll sowie Verbrauchsmittel (z.B. benutzte Papierhandtücher in den Toilettenanlagen) sind vom Nutzer auf eigene Kosten zu entsorgen.
5. Auf Anordnung der Betreiberin ist während der Veranstaltung ein permanent anwesender Toilettendienst auf Kosten des Nutzers einzurichten.
6. Verstopfungen in Sanitär- und Küchenbereichen sind durch den Nutzer zu beseitigen. Die Kosten für gegebenenfalls anfallende Fremdleistungen trägt der Nutzer.
7. Auf Anordnung der Betreiberin ist durch den Nutzer vor Veranstaltungsbeginn ein hauseigener Bodenschutzbelag auszulegen, der nach Veranstaltungsende durch ihn feucht zu reinigen, nach der Trockenzeit wieder einzurollen und ordnungsgemäß zu lagern ist. Die Kosten für die erforderlichen Klebebänder trägt der Nutzer.

§ 11 Haftung

1. Der Nutzer haftet für alle Personen- und Sachschäden, die anlässlich der Veranstaltung entstehen, und stellt die Stadt sowie die Betreiberin von allen Schadenersatzansprüchen frei, die im Zusammenhang mit der Veranstaltung gegen sie erhoben werden können. Die Freistellung bezieht sich auf das gesamte Veranstaltungsgebäude und das damit in Verbindung stehende Außengelände.
2. Die Stadt sowie die Betreiberin haften nicht für die vom Nutzer oder von Dritten in die städtischen Räume eingebrachten Gegenstände jeglicher Art.

3. Der Nutzer haftet für gestohlenen oder verloren gegangenes Inventar.
4. Verursachte Schäden werden durch die Betreiberin oder durch von ihr Beauftragte auf Kosten des Nutzers beseitigt.
5. Die Stadt hat das Recht, vom Nutzer eine Veranstalterhaftpflichtversicherung zu fordern, die unter anderem einen Versicherungsschutz für Mietsachschäden beinhalten muss.

§ 12
Zu beachtende Vorschriften

1. Veranstaltungen in Versammlungsstätten müssen unter Beachtung von Teil 1 der SBauVO, Unfallverhütungsvorschriften und technischen Normen und Gesetze durchgeführt werden.
2. Die Betreiberin ist gemäß § 38 Absatz 4 SBauVO zur Einstellung des Betriebes verpflichtet, wenn die für die Sicherheit der Versammlungsstätte notwendigen Anlagen, Räumlichkeiten oder Vorrichtungen nicht betriebsfähig sind oder wenn Betriebsvorschriften oder Unfallverhütungsvorschriften durch den Nutzer nicht eingehalten werden.
3. Die Jugendschutzbestimmungen und die Bestimmungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (z.B. Lärm) sind vom Nutzer zu beachten und einzuhalten.

§ 13
Gerichtsstand

1. Gerichtsstand für alle aus der Nutzung städtischer Räume entstehenden Streitigkeiten ist Bergneustadt

§ 14
Inkrafttreten

1. Diese Benutzungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entgelt- und Benutzungsordnung für die Inanspruchnahme städtischer Räume durch Dritte in der Stadt Bergneustadt vom 10.10.2005 außer Kraft.

Entgeltordnung für die Überlassung von Räumlichkeiten der Stadt Bergneustadt

Diese Entgeltordnung wurde durch den Rat der Stadt Bergneustadt in seiner Sitzung am2012 beschlossen.

§ 1 Geltungsbereich

1. Diese Entgeltordnung gilt für die Überlassung von Räumlichkeiten der Stadt Bergneustadt an Dritte.
2. Grundlage für diese Entgeltordnung ist die Benutzungsordnung für die Überlassung von Räumlichkeiten der Stadt Bergneustadt vom2012

§ 2 Nutzungsentgelt

1. Die Höhe des Nutzungsentgeltes pro Stunde wird wie folgt festgelegt:

		Tarif 1	Tarif 2	Kaution
BGS Krawinkel-Saal	gesamt	67,00	35,00	600,00
	abgeteilt, groß	56,00	31,00	500,00
	abgeteilt, klein	47,00	28,00	400,00
BGS Hackenberg		38,00	25,00	250,00
Bürgerhaus Neuenothe		12,00	5,00	200,00
Aula Gymnasium		85,00	41,00	400,00
Aula Realschule		87,00	41,00	400,00
Sporthalle Bursten		173,00	71,00	600,00
Sonstige Räume	pro Raum	10,00	5,00	50,00

2. Vereine oder Institutionen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige, kirchliche oder sonstige begünstigte Zwecke im Sinne der Abgabenordnung oder der politischen Bildung und Information verfolgen und ihren Sitz in Bergneustadt haben, werden grundsätzlich dem **Tarif 2** zugeordnet. Die Entscheidung hierüber trifft die Stadt.
3. Die unter Abs. 2 benannten Vereine müssen sich durch Vorlage einer rechtsgültigen Satzung und eines aktuellen Freistellungsbescheides des Finanzamtes legitimieren und ihren Sitz in Bergneustadt nachweisen. Bei Nichtvorlage wird der **Tarif 1** zugrunde gelegt.
4. Eine Kaution ist in jedem Fall zu zahlen.
5. Die Kosten für zusätzliche Sonderleistungen trägt der Nutzer. Hierzu zählen die Tätigkeiten für die technische Beratung, die Gefährdungsbeurteilung und -analyse, die Erstellung von Bestuhlungsplänen, die Bauabnahme und die notwendige Fachbegleitung vor und während der Veranstaltung.
6. Nach der verbindlichen Anmeldung und Abgabe der Veranstaltungsanzeige wird eine Terminbestätigung mit vorläufiger Rechnung erstellt. Eine Anzahlung in Höhe des 2-fachen Stundensatzes des maßgeblichen Tarifs ist innerhalb 14 Tagen nach Rechnungserhalt fällig und wird mit der Endabrechnung verrechnet. Die Anzahlung wird erstattet, wenn eine Absage 2 Monate vor Veranstaltungstermin erfolgt.
7. Die Terminbestätigung mit vorläufiger Rechnung enthält die Anzahlung, das Nutzungsentgelt, die Kaution und die Kosten für Sonderleistungen. Dieser Betrag abzüglich der geleisteten Anzahlung ist spätestens 2 Monate vor Nutzungsbeginn in voller Höhe an die Stadt zu entrichten. Bei einer Terminbestätigung einer Veranstaltung innerhalb von 2 Monaten ist der Gesamtbetrag der vorläufigen Rechnung sofort fällig. Eine Endabrechnung erfolgt nach Nutzungsende. Bei nicht fristgerechter oder nicht vollständiger Zahlung angeforderter Beträge wird der Termin unangemahnt gelöscht.
8. Es ist diejenige Entgeltordnung anzuwenden, die zum Zeitpunkt der vorläufigen Rechnungsstellung gültig ist.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Entgeltordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

1. Nachtrag vom _____ zur Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Bergneustadt im Jahr 2012 vom 04.04.2012

Aufgrund des § 6 Abs. 1 und Abs. 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten des Landes Nordrhein-Westfalen (Ladenöffnungsgesetz – LÖG NRW) vom 16.11.2006 (GV. NRW. 2006 S. 516/SGV 7113) in der zur Zeit gültigen Fassung wird von der Stadt Bergneustadt als örtliche Ordnungsbehörde aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom _____ für die Stadt Bergneustadt folgender 1. Nachtrag verordnet:

Artikel 1

In § 1 der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird Absatz 3 neu eingefügt:

§ 1

(3) Verkaufsstellen dürfen in den Ortsteilen Bergneustadt und Wiedenest der Stadt Bergneustadt darüber hinaus am Sonntag, den 21. Oktober 2012 von 13:00 – 18:00 Uhr geöffnet sein.

Artikel 2

Der 1. Nachtrag dieser Verordnung tritt eine Woche nach dem Tage seiner Verkündung in Kraft.